



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> **NATO-Gipfel: Alonso erläutert Spaniens Posi- tionen auf KAS-Tagung**



Der spanische Verteidigungsminister, José Antonio Alonso, nutzte eine Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung Madrid und des Strategieinstituts INCIFE, um das Ergebnis des NATO-Gipfeltreffens in Riga zu erläutern. Dabei bekräftigte der Minister die Bereitschaft seines Landes, sich weiter an den NATO-Operationen in Kosovo und Afghanistan zu beteiligen. Die Präsenz spanischer Truppen diene primär dem Wiederaufbau und der Stabilisierung dieser Krisenregionen, betonte der Minister. Spanien werde seine Aufbauarbeit im Westen Afghanistans fortsetzen und nur im äußersten Notfall Truppen in den Süden des Landes entsenden. Gleichzeitig schloss Alonso eine Aufstockung spanischer Truppen in Afghanistan kategorisch aus.

Die Lage in Kosovo beurteilte der Verteidigungsminister zuversichtlich. Mit dem Angebot der NATO an Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien, sich der „Partnerschaft für den Frieden“ anzuschließen trete ein wichtiger Stabilisierungsfaktor für diese Region ein, denn „unsere Truppen können nicht unbegrenzt in Kosovo bleiben“, hob Alonso hervor. Man müsse nun den endgültigen Ahtisaari-Bericht abwarten, um dann zu einer Lösung auf dem Verhandlungswege zu kommen.

Alonso begrüßte die Erweiterungspläne der NATO für Albanien, Kroatien und Mazedonien. Die Länder würden bis 2008 die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllen. Die Annäherung von Georgien und der Ukraine an die NATO seien auf dem Gipfel mit „Vorsicht“ bzw. „Respekt“ behandelt worden, erläuterte Alonso.

Mit Blick auf die Rolle der EU in der NATO bekräftigte der Minister, dass Europa seinen Einfluss in der Welt verstärken müsse. Er sprach von einer „neuen transatlantischen Allianz“, in der die EU einen höheren Beitrag zur Stabilisierung und Friedensbildung leistet. Insbesondere müsse dem Mittelmeerdialog mehr Beachtung geschenkt werden. Die

NATO müsse sich den regionalen Herausforderungen gerade in der Mittelmeerregion anpassen. Daher sei es wichtig, dass sich die NATO der UN-Initiative der „Allianz der Zivilisationen“ anschließe. Die von Ministerpräsident Zapatero vor zwei Jahren gestartete Initiative habe zum Ziel, auf friedlichem Wege Vertrauen zwischen den Kulturen zu schaffen. Als wichtige Stütze der NATO habe die EU die Verpflichtung, ihren Einfluss auf das Verteidigungsbündnis geltend zu machen, betonte Alonso.

## >> **Spaniens Bischofskonferenz attackiert Zapateros Politik**

In den vergangenen Jahren seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero hat sich die Katholische Kirche Spaniens aus der Politik herausgehalten. Vor wenigen Monaten



nahm die spanische Bischofskonferenz nach einem internen Disput über den „Friedensprozess“ mit der ETA im Baskenland erstmals Stellung. Nun haben die Bischöfe in einem Hirtenbrief an die spanischen Diözesen die Positionen der Katholischen Kirche Spaniens veröffentlicht. In dem Hirtenbrief, welcher unter dem Titel „Moralische Orientierungen in der gegenwärtigen Situation Spaniens“ herausgegeben wurde, werden politische Initiativen der Regierung scharf angegriffen. Sie werfen der Regierung einen „radikalen und exklusiven

Säkularismus“ vor, der die Grundlage einer Gesetzgebung bildet und das „gemeinsame Gut unserer überwiegend katholischen Gesellschaft“ grundsätzlich zerstört. Die Bischöfe mahnen angesichts der wachsenden Säkularisierung eine stärkere katholische Identität in Spanien an.

Im Mittelpunkt der Kritik stehen der baskische „Friedensprozess“, das Bioethikgesetz sowie das Gesetz über die „Historische Erinnerung“. „Spanien ist abermals geteilt und gespalten“, da „alte Wunden durch selektive historische Erinnerung“ aufgerissen werden, heißt es in dem Text. Damit spielen die Bischöfe auf die Gesetzesinitiative der Regierung zur Aufarbeitung des spanischen Bürgerkriegs an, der aus Sicht der Katholischen Kirche zu einseitig auf die Opfer der Franco-Diktatur abzielt und damit das Problem der Vergangenheitsbewältigung, die durch den in der Übergangsphase zur Demokratie („transición“) erreichten „Konsens“ hergestellt worden sein sollte, erneut in die heutige Gesellschaft trägt.

Starke ethische Bedenken haben die Bischöfe ebenso bezüglich des Bioethikgesetzes, durch welches erlaubt werden soll, durch die Gewinnung von embryonalen und fetalen Stammzellen lebensbedrohliche Krankheiten bei Geschwistern zu heilen.

Zum „Friedensprozess“ äußern sich die spanischen Bischöfe überwiegend kritisch. So lautet die Passage im Hirtenbrief: „Eine Gesellschaft, die freiheitlich und gerecht sein

will, darf eine Terrororganisation weder als legitime politische Vertretung eines Teils der Gesellschaft anerkennen noch sie als Verhandlungspartner behandeln.“ Allerdings räumen die Bischöfe die Möglichkeiten von Verhandlungen ein, sollte die ETA einen Gewaltverzicht aussprechen. In dem Falle sollte auch die Regierung die „Legitimität nationalistischer Positionen“ anerkennen, solange dies zum Wohl der gesamten Gesellschaft beiträgt. Die Äußerungen zum „Friedensprozess“ spiegeln weitgehend den Disput innerhalb der Katholischen Bischofs-



konferenz wider, denn baskische Bischöfe, darunter der Vorsitzende der Bischofskonferenz Ricardo Blázquez (Foto) aus Bilbao, hatten sich positiv über den Friedensprozess geäußert.

Differenzen zwischen den Bischöfen zeigten sich ebenfalls zum Begriff der „Einheit Spaniens“, welche von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Antonio Cañizares Llovera aus Toledo, als „moralische Frage“ angesprochen worden war. In den pastoralen Leitlinien findet der Begriff keine Erwähnung mehr.

Die Veröffentlichung des Hirtenbriefs zu diesem Zeitpunkt verdeutlicht insgesamt die gesellschaftliche Spaltung Spaniens. Die Katholische Kirche, die insbesondere in den urbanen Regionen zunehmend an Einfluss und Mitgliedern verliert, ist angesichts der säkular geprägten Regierungspolitik unter Ministerpräsident Zapatero stark unter Druck geraten. Dabei hatte die Bi-

schöfskonferenz vor einem Jahr mit der überraschenden Wahl von Ricardo Blázquez, der allgemein als „regierungsfreundlich“ gilt, versucht, die Beziehungen zwischen Regierung und der Katholischen Kirche zu verbessern. Dieser Ansatz scheint jedoch gescheitert zu sein. Die oppositionelle Volkspartei, die mit dem Verband der Terroropfer (AVT) bereits einen festen Bündnispartner im Kampf gegen Zapateros Regierung gefunden hat, spekuliert nunmehr auf eine offene Unterstützung durch die Katholische Kirche.

### >> **Zapatero beharrt auf seine Friedenspolitik**

Dass der „Friedensprozess“ im Baskenland in einer tiefen Krise steckt, wird auch von Teilen der spanischen Regierung nicht mehr dementiert. Der kontinuierliche Vandalismus auf den baskischen Straßen, Übergriffe auf Polizei- und Sicherheitskräfte sowie fortgesetzte Schutzgelderpressungen stellen zunehmend die Geduld der Regierung auf die Probe. Zudem verdichten sich die Hinweise, dass die ETA die seit März 2006 andauernde Waffenruhe nutzt, um sich vom französischen Boden aus neu zu organisieren und wiederzubewaffnen. Umfragen bestätigen indes, dass das Vertrauen der Bevölkerung an eine friedliche Lösung des ETA-Terrorismus stetig sinkt.

Für die Gegner des „Friedensprozesses“, prominent vertreten durch die oppositionelle Volkspartei und den Verband der Terroropfer

(AVT), bietet die gegenwärtige



Krise erneut Anlass, gegen die Politik von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero zu demonstrieren. Während PP und AVT am vorigen Wochenende nach Polizeiangaben rund 120.000 Demonstranten mobilisieren konnte (die Organisatoren sprachen von über einer Million), stieß der Massenprotest beim Regierungschef auf taube Ohren. Er ließ verlauten, er werde an seiner Politik, die ETA auf friedlichem Wege und mit allen rechtlichen Mitteln zu bekämpfen, festhalten und sich nicht von solchen Massenkundgebungen beirren lassen. Der Volkspartei warf er gleichzeitig vor, in der ETA-Frage lediglich zu „blockieren“. In Anspielung auf die Kritik der katholischen Bischofskonferenz, er sei „unmoralisch“ mit Terroristen zu verhandeln, konterte Zapatero, es sei eine „moralische“ Verpflichtung des Staates, den „Friedensprozess“ fortzusetzen. „Wir werden unseren Willen nicht aufgeben, die ETA zu vernichten“, sagte Zapatero. Rückendeckung verschaffte sich der



Regierungschef einige Tage später über seinen Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba (Foto). Nach der Verhaftung von drei hochrangigen ETA-Terroristen in Frankreich erklärte der Innenminister, die gemeinsam von spanischen und französischen Sicherheitskräften durchgeführte Operation zeige, dass die Regierung in Madrid „keinen Millimeter“

von der Antiterrorpolitik abgewichen sei.

Die neue Verhaftungswelle gegen ETA-Terroristen und Straßenvandalen hat die Terrororganisation abermals auf den Plan gerufen. Die ETA gab nun bekannt, die Gewalt und der Vandalismus auf den baskischen Straßen sei eine „logische Reaktion“ auf den anhaltenden Druck von Polizei und Justiz auf die ETA. Sie kündigte eine Fortsetzung der Gewalt für den Fall an, dass die spanische Regierung ihre Position nicht ändere. Zapateros Stellvertreterin, María Teresa Fernández de la Vega, konterte daraufhin im Parlament, es könne keinen Frieden im Baskenland geben, solange Gewalt herrsche. Die oppositionelle Volkspartei erwiderte jedoch, in der Öffentlichkeit täusche die Regierung Härte vor, doch hinter den Kulissen verhandele sie mit der ETA und sei bereit, einen politischen Preis für einen Frieden zu zahlen. Der Wähler werde noch früh genug der Zapatero-Regierung dafür die Quittung präsentieren, hieß es aus PP-Kreisen.

### >> **Wahlen 2007: Umfrage prognostiziert Kontinuität in den Regionen**

Sechs Monate vor den Regional- und Kommunalwahlen in Spanien zeigt sich laut einer in der Tageszeitung „El Mundo“ veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Sigma Dos“, dass sich die politische Land-



schaft kaum verändern wird. Die Umfrage widerspricht der herrschenden Meinung, die Volkspartei werde wegen ihrer Oppositionspolitik in Madrid haushohe Stimmenverluste in den Regionen einfahren. Andererseits haben sich die PP-regierten Regionen von der Madrider Parteiführung abgesondert und sich auf regionale Themen konzentriert. Insofern spiegelt die Umfrage ein relativ realistisches Bild der Stimmung in den spanischen Regionen wider.

Während die konservative Volkspartei ihre absolute Mehrheit in den Regionen Balearn, Castilla y León, Valencia, La Rioja, Madrid und Murcia behaupten kann, wird die sozialistische PSOE ihre absoluten Mehrheiten in Castilla la Mancha und Extremadura verteidigen, auch wenn sie dort mit Stimmenverlusten rechnen muss. Darüber hinaus können die Sozialisten der Umfrage zufolge die Koalitionen in Asturien, Aragón und Kantabrien fortsetzen. Anzeichen gibt es aber auch dafür, dass die Sozialisten auf den Kanarischen Inseln, wo zurzeit die Regionalpartei „Coalición Canaria“ (CC) mit Unterstützung der Volkspartei regiert, und in Navarra, wo die PP-Schwesterpartei UPN mit der Convergencia de Demócratas de Navarra (CDN) die Regierung stellt, einen Regierungswechsel herbeiführen können. Die PP hingegen kann lediglich darauf hoffen, die Sozialisten in der nordspanischen Region von Asturien abzulösen.

Die Meinungsumfrage sieht insgesamt Stimmenverluste für die Sozialisten voraus. Dies hängt jedoch

weniger mit der Situation auf nationaler Ebene und der Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero zusammen, sondern eher mit den zahlreichen Kandidatenwechsellern bei den Sozialisten in den Regionen. In Castilla-La Mancha und Extremadura sind mit José Bono, der 2004 Verteidigungsminister wurde, zwischenzeitlich aber zurückgetreten ist, und Juan Carlos Rodríguez Ibarra zwei prominente Sozialisten ausgeschieden, die durch weniger bekannte Gesichter ersetzt wurden. Die Volkspartei hingegen tritt wieder mit ihren bisherigen Kandidaten an, die einen Bekanntheitsvorsprung besitzen. Dennoch gilt es als unwahrscheinlich, dass die PP in diesen zwei Hochburgen der PSOE gewinnen kann.

Auf den Kanaren steht es gut für die Sozialisten, nachdem Regierungschef Zapatero seinen Justizminister Juan Fernando López Aguilar (Foto) als Spitzenkandidaten auf die Inseln geschickt hat. Der prominente Kandidat und gebürtige Kanare genießt dort einen guten Ruf und hat beste Aussichten, die regierende Coalición Canaria abzulösen, die wegen der Handhabung der illegalen Immigranten in die Kritik geraten ist. Die Umfrage deutet auf eine mögliche Koalition zwischen Sozialisten und CC hin.



In der nordspanischen Region Navarra, die an das Baskenland grenzt, kann Zapateros „Frie-

denpolitik“ mit der ETA die Regionalwahlen beeinflussen. Die regierende Unión del Pueblo Navarro (UPN), Schwesterpartei der PP und damit erbitterter Gegner von Zapateros Politik im Baskenland, muss mit gehörigen Stimmeneinbußen rechnen. Gleichzeitig gewinnt die nationalistische Nafarroai Bai, ein Parteienbündnis baskischer Regionalparteien in Navarra, an Zustimmung beim Wähler und gefährdet damit die Koalition von UPN und CDN. Die regionalen Sozialisten (PSN) spekulieren auf eine Koalitionsbildung mit den dortigen Linksnationalisten nach der Wahl. Unsicher ist nach wie vor eine Teilnahme der ETA-nahen Batasuna-Partei, die zurzeit ihre Zulassung als legale Partei wieder betreibt und ebenso in Navarra antreten will.

Für die Sozialisten wird es allerdings knapp in Asturien, wo die PSOE mit Unterstützung der Vereinigten Linken (IU) regiert. Die Umfrage registriert einen leichten Vorsprung für die oppositionelle Volkspartei. Die Chancen für die PP, den sozialistischen Regionalpräsidenten Álvarez Areces abzulösen, stehen zwar nicht schlecht, doch es wird allgemein mit einer Fortsetzung der Koalition zwischen PSOE und IU gerechnet.

In der Hauptstadt und Region Madrid zeichnen sich klare Verhältnisse ab. Die regierende Regionalpräsidentin von der Volkspartei, Esperanza Aguirre (Foto), die vor drei Jahren in einer spektakulären Wiederho-



lungswahl überraschend gewonnen hatte, kann wieder mit einer absoluten Mehrheit rechnen. Die konservative Politikerin, die als Hoffnungsträgerin der PP auf nationaler Ebene gilt, hat die PSOE in den Schatten gestellt. Ebenso wird wohl der Madrider Bürgermeister, Alberto Ruiz Gallardón, sein Amt behalten dürfen. Sein völlig unbekannter Gegenkandidat von den Sozialisten gilt schon jetzt als chancenlos.

lungswahl überraschend gewonnen hatte, kann wieder mit einer absoluten Mehrheit rechnen. Die konservative Politikerin, die als Hoffnungsträgerin der PP auf nationaler Ebene gilt, hat die PSOE in den Schatten gestellt. Ebenso wird wohl der Madrider Bürgermeister, Alberto Ruiz Gallardón, sein Amt behalten dürfen. Sein völlig unbekannter Gegenkandidat von den Sozialisten gilt schon jetzt als chancenlos.

## >> Zaplana lehnt Kurswechsel der PP ab

Nachdem letztes der Vorsitzende der oppositionellen Volkspartei,



Mariano Rajoy (Foto), eine vorsichtige Wende seiner Partei zurück zur Mitte verkündet hatte, stellt sich die Frage nach

der Zukunft der bekannten Partei-„Hardlinern“ Eduardo Zaplana und Angel Acebes. Auf einer Konferenz der PP zu Verfassungsfragen sagte der Sprecher der PP-Fraktion im spanischen Parlament, Zaplana



(Foto), er sähe keinen Grund in die politische Mitte zu rücken, denn dort befände sich die Partei bereits. „Wenn andere

sich bewegen, dann will ich dort bleiben, wo ich immer gestanden habe, wo ich mich wohl fühle und wo ich immer stehen werden“, betonte Zaplana und fügte hinzu: „Wir müssen nicht dahin gehen, wo wir bereits sind.“ Seine Anhänger rief er auf, ihre Ideale „bedenkenlos“ zu verteidigen.

In seiner Rede verwies Zaplana darauf, dass Spanien in der Zeit des Übergangs zur Demokratie eine gemäßigte Partei der Mitte gewählt hätte. Nun aber sei die Lage völlig verändert; Spanien sei verunsichert, da die Verfassung „geknebelt“ werde. Spanien aber brauche und wolle Stabilität. Ministerpräsident Zapatero sei es zu verdanken, dass heute mehr über „Spanien als Problem“ als „Probleme in Spanien“ gesprochen werde. Zaplana behauptete, die Volkspartei sei die einzige Partei, die die nationale politische Agenda umsetzen könne, denn Zapatero habe seine Loyalität gegenüber dem Interesse der Nation verloren. Es sei zwar möglich, einen Konsens mit den Sozialisten zu erreichen, jedoch nicht mit dieser Regierung. Deswegen müsse die PP die nächsten Parlamentswahlen gewinnen, damit die Sozialisten ihren Kurs aus der Opposition heraus wieder korrigieren könnten.

## >> Portugal unterstützt Zapateros Friedensinitiative für den Nahen Osten

Der portugiesische Ministerpräsident José Sócrates kündigte am Tag nach dem 22. Gipfel der Iberischen Staaten Spanien und Portugal an, seine Regierung werde die Friedensinitiative seines spanischen Amtskollegen José Luis Rodríguez Zapatero für den Nahen Osten unterstützen. Zapatero hatte vor zwei Wochen die Initiative auf dem spanisch-



französischen Gipfeltreffen bekannt gegeben und prompt die Zustimmung von Staatspräsidenten Jacques Chirac und des italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi erhalten. Die spanische Initiative, deren Inhalte bisher wenig konkretisiert wurden, soll auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs vorgestellt werden.

Sócrates und Zapatero fordern von den EU-Partnerstaaten eine stärkere Beachtung Afrikas. „Europa muss seine Aufmerksamkeit zunehmend auf die südliche Mittelmeerregion lenken und dort Stabilität gewährleisten“, betonte Portugals Regierungschef. Portugal, das in der zweiten Hälfte 2007 die EU-Ratspräsidentschaft von Deutschland übernimmt, plant im Rahmen seines EU-Vorsitzes in Lissabon ein Treffen zwischen der EU und den Ländern Afrikas durchzuführen. Es wäre das erste EU-Afrika-Gipfeltreffen seit zehn Jahren. Laut Sócrates hat das Treffen zum Ziel, die Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent voranzutreiben, um die bedrückende Auswanderung aus dieser Region unter Kontrolle zu bringen.

Insgesamt stößt die spanische Initiative jedoch auf wenig Gegenliebe bei anderen europäischen Partnern. Ebenso skeptisch reagierten die Vereinigten Staaten und Israel, welche den Friedensplan schlichtweg abgelehnt hatten.



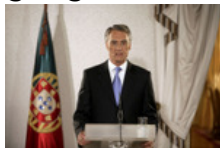
Indes äußerte Spaniens Außenminister, Miguel Ángel Moratinos (Foto), er empfinde „größte Genug-

tuung“ über den Waffenstillstand zwischen Israelis und Palästinensern im Gazastreifen. Dies sei zweifelsohne ein Ergebnis der Initiative seines Ministerpräsidenten. Die israelische Botschaft in Madrid bezeichnete die Äußerung von Moratinos lediglich als „schlechten Witz“.

## >> **Umfrage: Mehrheit für Abtreibung in Portugal**

Die portugiesische Tageszeitung „*Diario de Noticias*“ veröffentlichte am vergangenen Dienstag eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „*Marktest*“, nach der sich eine deutliche Mehrheit für einen Schwangerschaftsabbruch abzeichnet. Insgesamt haben 61 Prozent der Befragten Zustimmung zu einem neuen Schwangerschaftsgesetz signalisiert. Dagegen haben sich 30 Prozent ausgesprochen. Neun Prozent sind der Umfrage zufolge noch unentschieden. Am höchsten beträgt mit 73,7 Prozent die Zustimmung in der Altersgruppe zwischen 18 und 34 Jahren.

Nachdem das Verfassungsgericht grünes Licht für eine Volksabstimmung gegeben hat, setzte am vergangenen Mittwoch Staatspräsident



Aníbal Cavaco Silva (Foto) den Termin auf den 11. Februar 2007 fest. Dabei

müssen mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben, damit das Ergebnis gewertet werden kann. Schon jetzt haben in der Umfrage rund 73 Prozent angegeben, zur Abstimmung gehen

zu wollen. Zuletzt war 1998 eine Volksbefragung durchgeführt worden, die jedoch mit 50,7 Prozent „Nein“-Stimmen knapp gescheitert war.

Die Novellierung des Abtreibungsgesetzes gehört zu den Prestigeprojekten der sozialistischen Regierung unter Ministerpräsident José Sócrates (Foto).



Vorgesehen ist eine legale Abtreibung bis zur 10. Woche. Bisher war ein Schwangerschaftsabbruch nur in wenigen Ausnahmefällen gestattet.

Die oppositionelle Sozialdemokratische Partei (PSD), die im Parlament für die Abhaltung eines Referendums vor wenigen Wochen gestimmt hatte (siehe Newsletter aus Madrid, Nr. 34), kündigte an, keine Empfehlung an ihre Wähler abzugeben, sondern erklärte die Abstimmung an den Urnen zur „Gewissensfrage eines jeden Einzelnen“. Damit ist bereits jetzt absehbar, dass ein neues Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch die notwendige Zustimmung im Referendum finden wird.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Michael Däumer/Jeanette Micolau

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Plaza de Castilla, 3, 16-D 2

28046 Madrid, Spanien

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)